

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Motion der FDP-Fraktion: Einreichung einer Standesinitiative zum Thema: Kindesentführungen - Alarmsystem endlich auch in der Schweiz**

Autor/in: [Marianne Hollinger](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 26. März 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Mit Interpellation [2007-275](#) vom 1. November 2007 fragte Marianne Hollinger, FDP, die Regierung an, wie diese ein Alarmsystem bei Kindesentführungen - zum Beispiel analog Frankreich - beurteilt und ob und wie sich der Kanton Basellandschaft für ein solches System beim Bund einsetzen könnte. In [Beantwortung](#) der Interpellation 2007-275 vom 15. April 2008 verweist die Regierung auf die Frühjahrskonferenz der KKJPD im März 2009, an welcher ein Bericht der Arbeitsgruppe vorgestellt werden soll, welche von der schweizerischen Kriminalkommission installiert worden ist. Die Regierung fügte - richtigerweise - an, dass eine allfällige Einführung eines solchen Systems nur gesamtschweizerisch koordiniert Sinn mache.

Zeitgleich mit dem oben genannten Vorstoss im Herbst 2007, das war nach der Entführung und Ermordung der kleinen Ylenia, wurden im National- und Ständerat zwei ähnlich lautende Vorstösse überwiesen. Seither wurden aber kaum weitere Fortschritte erzielt. Der Bericht der eingesetzten Arbeitsgruppe über die Machbarkeit eines solchen Projektes wird nun gar erst auf das Jahr 2010 in Aussicht gestellt. Die Langsamkeit dieses Prozesses ist nicht hinnehmbar.

Der aktuelle Mordfall Lucie ist zwar nicht auf eine Entführung zurückzuführen, rüttelt uns aber wieder wach. Ein Alarmsystem muss in der Schweiz installiert sein, bevor ein weiteres Verbrechen mit Kindesentführung passiert. Ein solches System ist zwar keine Garantie für eine rechtzeitige Verhinderung eines solchen Verbrechens, aber es ist eine echte Chance. Frankreich und andere Länder haben aufgezeigt, dass ein solches Alarmsystem machbar ist und funktioniert und zur rechtzeitigen Aufklärung von Kindesentführungen wirksam beiträgt.

Der Ständerat hat deshalb am 12. März 2009 eine neue Motion mit 38 zu 1 Stimmen überwiesen, entgegen der Empfehlung des Bundesrates.

Von der zuständigen Bundesrätin Eveline Widmer Schlumpf wurde zwar Unterstützung zugesagt. Es war aber auch zu vernehmen, dass die verzögerte Bearbeitung auf Rücksichtnahme auf die Kantonsautonomie zurückzuführen ist.

In diesem Fall ist das Leben eines entführten Kindes klar höher zu gewichten als die Kantonsautonomie.

Aufgrund der unzulässig verzögerten Bearbeitung dieses Geschäftes wird der Kanton Basellandschaft beim Bund mit dieser Standesinitiative vorstellig.

- Das Ziel ist es, in einer Charta zwischen allen Beteiligten (Kantone, Bund, SBB, Telefonanbieter, SRG, usw.) das Notwendige unverzüglich zu regeln. Die gesetzlichen Anpassungen auf Bundes- und Kantonebene sollten gering sein.
- Der Bundesrat wird dringlich aufgefordert, eine koordinierte Lösung für ein nationales Alarmsystem bei Kindesentführungen einzuführen. Unverzüglich, möglichst noch im laufenden Jahr 2009 soll eine entsprechende Charta "Entführungs-Alarmsystem" in Kraft gesetzt werden.